

---

## FORUM: Deutschland nach Solingen

---

Heinz-Werner Meyer:  
Der Gewalt Einhalt gebieten!

---

I.

Eine bergische Industriestadt im Bürgerkrieg - nur langsam dringt in unser Bewußtsein, was die Bilder verstörter und wütender, verängstigter und gewalttätiger Menschen, der hochgerüsteten Polizei und der nach Versöhnung suchenden Politiker bedeuten: Haß und Gewalt erschüttern die Fundamente

unseres demokratischen Gemeinwesens, und niemand hat bisher das Mittel gefunden, ihnen wirksam Einhalt zu gebieten.

Wird die Brandruine an der Unteren Wernerstraße in Solingen das Fanal für das Ende des inneren Friedens in diesem Lande? Sind mit den Frauen und Kindern auch die Hoffnungen verbrannt, mit Lichterketten und friedlichem Bürgerprotest, Rockmusik und tausendfachem Bekenntnis gegen Ausländerhaß, die Kette der Gewalt gegen die Schwachen durchbrechen zu können?

Mehr denn je bleibt jeder einzelne aufgerufen, seinen persönlichen Beitrag zu leisten, damit Toleranz und die friedliche Regelung gesellschaftlicher Konflikte Haß und Gewalt überwinden. Aber mehr denn je müssen auch Politik und gesellschaftliche Organisationen ihre Möglichkeiten nutzen, der Gewalt Einhalt zu gebieten.

Der Blick auf die Täter von Solingen und anderswo leuchtet eine Jugend-szene aus, in der rechtsextremistische und neonazistische Symbole und Parolen zum Ausdruck jugendlichen Protestes gegen eine Gesellschaft werden, in der sie sich unverstanden und alleingelassen fühlen. Die verhetzende, haßerfüllte Botschaft des neuen wie alten Nationalismus, Antisemitismus und des Fremdenhasses, übermittelt auf Compact- und Computerdisketten, auf Videospiele und in einer steigenden Flut brauner Publikationen, darf nicht unterschätzt und muß offensiv bekämpft werden.

Aber für Verschwörertheorien gibt es keinen Anlaß. Der politische Rechtsextremismus erntet die Saat gesellschaftlicher Fehlentwicklungen. Die Täter von Solingen sind ein weiterer Beweis für die Warnungen der Jugendforscher und Jugendpolitiker, die seit Jahren darauf aufmerksam machen, daß sich wachsende Gewaltbereitschaft eines Tages mit rechtsextremistischem und neonazistischem Ungeist aufladen könnte.

Wer den Rechtsextremismus bekämpfen will, muß den Ursachen dieser wachsenden Gewaltbereitschaft nachgehen und sie zu beseitigen suchen. Eine Verschärfung des Jugendstrafrechtes, wie sie von Politikern der Koalition vorgeschlagen wird, ist dazu wenig geeignet.

Der Bundeskanzler hat nach Solingen angekündigt, mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften, den Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen über die Ursachen und die Handlungsmöglichkeiten gegen das Anwachsen der Gewalt zu sprechen. Bisher ist es bei der Ankündigung geblieben. Aber eine solche gesamtgesellschaftliche Diskussion ist dringlich. Gewalt in den Familien, Gewalt in der Schule und in Jugendeinrichtungen, Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und Gewalt zwischen Kindern und Jugendlichen ist kein Rand- oder Unterschichtenphänomen, sondern eine schichtenübergreifende Herausforderung an uns alle.

Wir brauchen eine Vielfalt gesellschaftlicher Interventionen - von der verstärkten Hilfestellung für Familien und Lebensgemeinschaften, Beratung für Lehrer und Erzieher bis hin zu einer wirksamen Kontrolle elektronischer

Medien, um zumindest in Ansätzen gewaltverursachende Entwicklungen eindämmen zu können. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Auseinandersetzung mit der wachsenden Gewalt in dieser Gesellschaft gehören spätestens seit dem Anschlag von Solingen ganz oben auf die politische Tagesordnung.

## II.

Gewaltbereitschaft erwächst aus Orientierungskrisen und Spannungen im Alltag, in der Lebenswelt der Menschen. Die gewalttätigen Eruptionen von Solingen zeigen, daß uns im Verhältnis von Deutschen und Ausländern Fehlentwicklungen unterlaufen sind, denen wir entschlossen gegensteuern müssen.

Wenn sich junge Brandstifter darauf berufen, „etwas gegen Ausländer tun zu wollen“, so verstehen sie sich als diejenigen, die das tun, wovon in ihrer Umgebung gesprochen wird. Es ist offensichtlich: Für eine wachsende Zahl von Deutschen werden Ausländer, vor allem Türken, zum Feindbild. Ausländer als Störenfriede, als Minderwertige, als Bedrohung - auch am Arbeitsplatz, in den Betrieben und Verwaltungen werden solche Vorurteile gehegt und nicht selten offen verkündet. Gewaltsame Auseinandersetzungen wurden bisher in der Arbeitswelt verhindert. Durch das entschlossene Auftreten von Vertrauensleuten, Betriebs- und Personalräten, aber auch der Geschäftsleitungen wurde den ersten Anzeichen des offenen Rassismus ein wirksamer Riegel vorgeschoben. Aber damit ist die Diskriminierung von Ausländern in der Arbeitswelt und sind die daraus erwachsenden Spannungen noch nicht beseitigt.

Ausländer verrichten immer noch überwiegend schwere, gefährliche und schmutzige Arbeit. Sie rangieren meist am unteren Ende der innerbetrieblichen Hierarchie. Überlegenheitsgefühle und Verachtung schlägt ihnen mancherorts entgegen. Auf fremde Kultur und Lebensweise reagieren auch gewerkschaftlich organisierte Kollegen oft zu unsensibel.

Die Untat von Solingen hat viele Arbeitnehmer aufgeschreckt. Sie wissen aus ihrer Erfahrung von den Stimmungen, auf die sich die jugendlichen Gewalttäter berufen. Die Diskriminierung ausländischer Kolleginnen und Kollegen im Alltag, am Arbeitsplatz überwinden - dies sollte die wichtigste Lehre sein, die wir Gewerkschafter aus dem Menetekel von Solingen ziehen. Denn die Erfahrung der Diskriminierung im Betrieb, in der Ausbildung, in der Schule und auch in der Freizeit treibt ausländische Jugendliche in jene Verzweiflung, die sie auf Gewalt mit Gegengewalt antworten läßt. Die Drohung der Abschiebung hilft nicht gegen Ausbrüche der Gewalt, in denen sich oft jahrelange Enttäuschung und Benachteiligung ihren Ausweg suchen.

Die gewerkschaftliche und betriebliche Interessenvertretung hat vielfältige Möglichkeiten, der Diskriminierung in der Arbeitswelt entgegenzutreten. Gleiche soziale Rechte haben die Zusammenarbeit von Deutschen und Aus-

ländern in der Arbeitswelt wesentlich erleichtert. Nun müssen wir auch das Zusammenleben fördern. Es wäre jedoch wirklichkeitsfremd zu glauben, solche Verhaltensänderungen gelängen in kurzer Zeit. Sie bedürfen eines langen Atems und sie müssen durch konkrete Schritte der Gleichstellung von Deutschen und Ausländern begleitet werden. Auf Flugblättern mitzuteilen, daß wir Ausländer für unseren Wohlstand und die Kassen der Sozialversicherung brauchen, bleibt folgenlos, wenn wir nicht darauf hinwirken, Ausländern die gleichen Chancen der Qualifikation, des innerbetrieblichen Aufstiegs, der Förderung und auch der Beteiligung an der betrieblichen wie gewerkschaftlichen Interessenvertretung einzuräumen wie den deutschen Kolleginnen und Kollegen.

In den letzten Jahren haben immer mehr Ausländer Funktionen als Vertrauensleute, in Betriebs- und Personalräten sowie in Gewerkschaften übernommen. Aber das reicht noch nicht aus. Gewerkschaftliche Ausländerarbeit muß aus ihrer Selbstbeschränkung auf Ausländer heraus. Sie ist eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Organisation. Gleiche Beteiligungsmöglichkeiten und gemeinsame Verantwortung bauen die Barrieren ab, die auch in den Gewerkschaften das gegenseitige Verständnis behindern.

### III.

Der Nationalsozialismus ist in der Düsternis von Verzweiflung, Massenarbeitslosigkeit und Not an die Macht gelangt. Vor dieser Erfahrung unserer Geschichte bewerten Meinungsforscher, Politiker und Gewerkschafter das Anwachsen des Rechtsextremismus in Deutschland. Not und Angst vor der Not eröffnen dem alltäglichen Rassismus wie den Verkündern einfacher und autoritärer Lösungen Einfallstore - so scheint es auf den ersten Blick.

Vor einem Fehlurteil sei gewarnt: Weder Arbeitslosigkeit noch Wohnungsnot - auch nicht die Verzweiflung vieler Menschen in Ostdeutschland - erzeugen rechtsextremistische Orientierungen. Sie finden sich in wohl-situ-ierten Familien ebenso wie unter Intellektuellen. Wo die einen zum Knüppel greifen, um Ausländer zu vertreiben, da debattieren andere über ethnische Reinheit und die biologisch bestimmte Ungleichheit menschlicher Rassen. Letzteres ist auf Dauer für unser Gemeinwesen noch gefährlicher, weil es die ihm zugrundelegenden Werte der Menschenwürde und der Gleichwertigkeit der Individuen untergräbt.

Aber die Verknappung sozialer Güter, der Mangel an Arbeit und Wohnraum, enttäuschte Hoffnung und verbaute Lebenschancen verstärken die Suche nach Sündenböcken bei denen, in deren Köpfen Ausländer und Fremde, Obdach- und auch Arbeitslose schon immer „Schmarotzer“ an dieser Gesellschaft waren. Wenn diese ihr Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit, auf Bildung und menschenwürdiges Wohnen verletzt sehen, machen sie mit dem Stimmzettel oder der Brandflasche auf sich aufmerksam.

Dem Gefühl, daß ihre Interessen und Bedürfnisse durch die Politik und durch die Gewerkschaften vernachlässigt und statt dessen die der Ausländer

bevorzugt aufgegriffen werden, können weder die Politik noch die Gewerkschaften dadurch gerecht werden, daß sie sich populistisch solchen Stimmungen anpassen. Das bedeutet aber nicht, die Menschen mit den niedrigen Einkommen in den hohen Häusern, die im Umfeld unserer multikulturellen Innenstädte leben, dem politischen Einfluß von Schönhuber und Konsorten zu überlassen.

Wer diesen Menschen glaubwürdig entgegentreten, sie von falschen Schuldzuweisungen und gewaltsamen Scheinlösungen abbringen will, muß ihren Ängsten und Vorurteilen mit einem überzeugenden Engagement für soziale Gerechtigkeit begegnen. Soziale Gerechtigkeit ist so zu buchstabieren, daß sowohl die Notwendigkeit als auch die Folgen der Einwanderung nach Deutschland erörtert werden können. Das Neben- und Miteinander von Einheimischen und Eingewanderten ist nirgendwo auf der Welt konfliktfrei. Darum müssen zwischen ihnen neue Netze geknüpft und Lebenschancen für alle erstritten werden.

Die Politik muß gerade hier die richtigen Zeichen setzen. Sie darf es nicht den Ökonomen überlassen, auf die Notwendigkeit der Einwanderung von Arbeitskräften zu verweisen, und den Kommunalpolitikern, sich mit den sozial unregulierten Folgeerscheinungen abzumühen. Ein Einwanderungsgesetz, daß sich an humanen Zielsetzungen orientiert und die Aufnahmefähigkeit ebenso in Rechnung stellt wie die Aufnahmebereitschaft fördert, ist eine notwendige Rahmenbedingung für die Überwindung von Fremdenfeindlichkeit.

Soziale Gerechtigkeit aber muß sich zeigen im harten Widerstand gegen Einschnitte in das soziale Netz, die gerade die unteren Einkommenschichten treffen, in einem verstärkten Engagement für bezahlbaren Wohnraum und für neue Beschäftigung. Es ist eine gewerkschaftliche Aufgabe, denjenigen, die sich von der Politik vernachlässigt fühlen, deutlich zu machen, daß die Gewerkschaften und nicht Rechtsradikale ihr Anwalt sind.